

Nein zu einer weiteren Neidinitiative

Eine linke Volksinitiative will in der ganzen Schweiz das System der Pauschalbesteuerung abschaffen. Diese Forderung würde in Graubünden viele Gemeinden und den Kanton vor eklatante Probleme stellen. Sie ist von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Der BGV wehrt sich entschieden gegen die Abschaffung dieser Steuer und sagt Nein.

Mi. Historisch ist die sogenannte «Besteuerung nach Aufwand», wie sie korrekt heisst, für Bergregionen entwickelt worden. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, die Standortnachteile mit einer für sie geeigneten Steuer zu lindern. Viele wohlhabende Ausländerinnen und Ausländer, die zwar in der Schweiz wohnhaft sind, hier aber keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (nur für diesen Personenkreis gilt die Steuer), leben und wohnen oft in attraktiven (Tourismus-) Orten. Da die Steuerämter nicht wissen können, nach welchem Massstab die wohlhabenden Zugezogenen zu besteuern sind,

wurde bei der Einführung dieser besonderen Steuer der Lebensstandard als Gradmesser gewählt. Dabei ist es bis heute geblieben.

Hohe Zahlen sind belegt

In Graubünden wurden Ende letzten Jahres 272 solche Steuerpflichtige gezählt, die insgesamt 46 Millionen Franken Steuern bezahlten, davon gingen 19 Millionen Franken an den Kanton, 13 Millionen Franken an die Gemeinden und der Rest an den Bund. Im Durchschnitt der letzten Jahre zahlten die «Pauschalierten» 35 Millionen Franken Gemeinde- und Kantonssteuern.

«22 000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.»

Abschaffung hat gravierende Folgen

Wird die Initiative angenommen, werden aber nicht nur die Steuereinnahmen der Wegziehenden fehlen. Das wirtschaftliche Potenzial der Pauschalbesteuerten ist

nämlich enorm. Sie belasten unser Sozialsystem nicht, zahlen gleichzeitig in der ganzen Schweiz rund eine Milliarde Franken an Steuern und leisten hohe Beiträge an die AHV. Ausserdem konsumieren sie in grossem Stil. Auf drei Milliarden Franken schätzt die eidgenössische Steuerverwaltung die jährlichen Ausgaben der Pauschalbesteuerten. An dieser Summe hängen 22 000 Arbeitsplätze, vor allem in der Baubranche, im Freizeitbereich, im Tourismus- und im Dienstleistungssektor. Von den darauf erzielten Mehrwertsteuereinnahmen gar nicht zu reden.

Nicht linkes Graubünden geeint dagegen

In Graubünden hat sich eine breite Front gegen die schädliche Abschaffung der Pauschalsteuer gebildet. Im überparteilichen Komitee, das aus allen nicht linken Kreisen besteht, sind alle prominenten Vertreterinnen und Vertreter aus BDP, CVP, FDP, Die Liberalen, GLP und SVP. Die beiden Ständeräte Stefan Engler (CVP) und Martin Schmid (FDP) setzen sich in einem rund 80-köpfigen Komitee ebenso an vorderster



Behandelten die Folgen der Abschaffung der Pauschalbesteuerung in einer Diskussionsrunde im Hotel Stern in Chur (von links): Jürg Michel, Direktor BGV, Nationalrat Josias Gasser (GLP), Regierungsrätin Barbara Janom Steiner (BDP), Grossrat Rudolf Kunz (FDP), Nationalrat Heinz Brand (SVP), Nationalrat Martin Candinas (CVP).

Front gegen die Abschaffung ein, wie beispielsweise Graubünden Ferien-Präsident Marcel Friberg oder der VR-Präsident der Weissen Arena, Reto Gurtner.

Im Rahmen eines Gesprächs mit dem Kampagnenleiter in Graubünden haben sich prominente Vertreter des überparteilichen Komitees zur Abschaffung der Pauschalsteuer geäußert (siehe Bild und Legende).

Fazit der Diskussion:

1. Die Pauschalbesteuerungs-Initiative setzt mindestens 34 Millionen Franken Steuereinnahmen, zahlreiche Arbeitsplätze und gemeinnützige Projekte in Graubünden aufs Spiel.
2. Die Initiative untergräbt das Selbstbestimmungsrecht der Kantone in Steuerfragen.
3. Die Abschaffung der Pauschalsteuer trifft sowohl finanzstarke Gemeinden in Graubünden als auch Geberkantone des nationalen Finanzausgleichs wie Genf und Waadt empfindlich. Der kantonale und der eidgenössische Finanzausgleich kommen damit massiv unter die Räder.
4. Das Bundesparlament hat bereits eine Verschärfung der Pauschalbesteuerung beschlossen, die 2016 in Kraft tritt.



- Diese Änderung entspricht einer Erhöhung von 40 Prozent der Untergrenze für einen Steuerpflichtigen.
5. Die Initiative fordert auch die Abschaffung sämtlicher Steuerprivilegien für natürliche Personen. Die Abschaffung von Abzügen zum Beispiel für private Schuldzinsen, die Säule 3a oder Beiträge an Krankenversicherungen ist vollkommen verfehlt.

Aus all diesen und weiteren Gründen wird die Initiative abgelehnt. Der Kantonalvorstand des BGV schliesst sich dieser Argumentation an und lehnt die Initiative, die von kaum mehr zu überbietendem Neid geprägt ist, wuchtig ab. Er empfiehlt seinen Mitgliedern, am 30. November ein Nein in die Urne zu werfen und im eigenen Interesse für ein Nein in seinem Umkreis einzustehen.

Kernsätze der Diskussion

«Die wegen der Abschaffung nötigen Steuererhöhungen von Kanton und Gemeinden würden einmal mehr den Mittelstand und die KMU belasten.»

RR Barbara Janom Steiner

«Das Parlament hat die Schrauben bei der Erhebung der Pauschalsteuern bereits angezogen.»

GR Rudolf Kunz

«Viele Pauschalbesteuerte, die in eine Gemeinde aus Graubünden gezogen sind, haben den Narren an ihrem Dorf gefressen und nicht an der Pauschalsteuer.»

NR Martin Candinas

«Die steuerliche Pauschalierung ist oft eine Nebenfolge der Wohnsitzverlegung an den lieb gewonnenen Ferienort. Ich habe selber erlebt, wie grosszügig die Pauschalisierten gegenüber der öffentlichen Hand sind.»

NR Heinz Brand

«Die Pauschalbesteuerungs-Initiative greift direkt in den Steuerföderalismus ein und tritt diesen mit Füßen.»

NR Josias Gasser

«Im internationalen Vergleich kennt die Schweiz eine strenge Art der Pauschalbesteuerung. Viele europäische Länder praktizieren viel grosszügigere Steuersysteme. So zum Beispiel auch Frankreich, der angebliche Gralshüter für gerechte Steuern.»

GR Rudolf Kunz

«Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang die Erbschaftssteuer. Mir ist ein Fall bekannt, bei dem sich eine Gemeinde aufgrund des Ablebens der pauschalbesteuerten Person sanieren konnte.»

NR Heinz Brand

«Ohne diese Einnahmen werden unsere Topkurorte nicht mehr in der Lage sein, die sehr hohen Investitionen zu tätigen. Ein Abstieg ins Mittelmass ist die unweigerliche Folge.»

RR Barbara Janom Steiner

«Schaffen wir diese Besteuerung ab, wird ein Teil der jetzigen Besteuernten wegziehen. Es werden auch keine Neuen kommen. Langfristig wird sich die Abschaffung fatal auf alle Randregionen in der Schweiz auswirken.»

NR Martin Candinas

«Jeder Kanton soll selber entscheiden können, ob er die Pauschalbesteuerung anwenden will oder nicht. 21 von 26 Kantonen wenden heute diese mit Erfolg an.»

NR Josias Gasser

«Jeder gute Steuerzahler, der den Kanton verlässt, verursacht einen erheblichen finanziellen Ausfall, der kompensiert werden muss.»

NR Josias Gasser

«Die Pauschalbesteuerung ist einer der wenigen Standortvorteile unseres Kantons. Wir können es uns mit Sicherheit nicht leisten, diesen Joker ohne Druck von aussen aufzugeben.»

RR Barbara Janom Steiner

